

Porträt der Woche: Wolfgang Gerhards (SPD)

Wolfgang Gerhards ist aus der evangelischen Kirche ausgetreten. „Schon lange her“, sagt er dazu lapidar. Und als Jura-Student in Bonn hat er Mitte der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts den legendären Repetitor Paul Schneider gemieden und statt dessen bei „Alpmann“ fürs Erste Staatsexamen (1975) gebüffelt. Als Student der Rechte in Bonn nicht zu Schneider („Einzigste Hochschule Deutschlands“) in der Kaiserstraße 1 c zu gehen, glich der Haltung, Dosensuppen zu löffeln, obwohl ein reiches Büffet lockt. Ist der neue Justizminister am Tische von Peer Steinbrück womöglich vom Geist, der stets verneint? Für die Schneider-Abstinenz gibt er eine Erklärung: Der Schneider sei ihm zu konservativ gewesen. Als Student war Gerhards noch kein eingeschriebener Sozi, die SPD-Mitgliedschaft beantragte er 1985, als er bereits Verwaltungsrichter in Köln und Münster war.

Wer dem vor 53 Jahren in Mülheim an der Ruhr geborenen Brühler zum ersten Mal begegnet, dem fällt die äußere Wuchtigkeit auf. Man erinnert sich an oppositionelle Kritik aus Gerhards Finanzministerjahren in Sachsen-Anhalt (1998 bis Frühjahr 2002), der Westimport gebärde sich als Finanz-Rambo. Wenn man mit dem neuen Landesjustizminister jedoch ins rechtspolitische Gespräch kommt, zeigt sich schnell, dass er zurückhaltend formuliert, wohl eher der liberalen Denkschule angehört, wonach sich der Rechtsstaat nicht schneidig zu präsentieren habe. Gerhards Satz, eine Legalisierung des

Konsums von Haschisch dürfe nicht sein, weil der Staat Grenzen setzen müsse, zählt zu den seltenen Äußerungen, wo in dem Däubler-Gmelin-Zögling ein Stück Otto Schily („Law and Order sind sozialdemokratische Werte“) aufblitzt. Zur hin und wieder diskutierten Möglichkeit, der wachsenden Jugendkriminalität mit einer Herabsetzung des Strafmündigkeitsalters von 14 auf zwölf Jahre zu begegnen, meint er: „Das halte ich für falsch, weil es die Probleme nur verschiebt.“

Selbstbewusstsein

Fragt man den Justizminister, was der Staat gegen dreiste Klau-Kinder, welche in rheinischen Großstädten unterwegs sind, machen könne, entfährt Gerhards ein „Da ist der Staat ziemlich machtlos.“ Er weiß, dass das ziemlich desillusionierend klingt, indes: „Man kann allenfalls versuchen, an die Hintermänner der Klau-Kinder heranzukommen.“ Im Übrigen bestehe die einzige Möglichkeit darin, die sozialen Bedingungen in den Herkunftsländern zu verbessern. Da stellt man sich den Minister vor, wie er einer soeben ihrer Handtasche beraubten alten Dame erklärt, die Politik könne ihr wenig helfen, um dann die Prognose zu riskieren: Solche Wahlkämpfer wie Richter Gerhards werden der Sozialdemokratie

an Rhein und Ruhr die um innere Sicherheit besorgten Menschen nicht in Scharen zuführen.

Es gehört zu den sympathischen Zügen des Justizministers, dass er sich im ungewohnten Ressort an viele Themen erst herantastet, auch einmal sagt, da fehle ihm noch der Zugang. In solchen Gesprächssituation stellt sich aber schnell die Ahnung ein, dass der Mann, wenn er erst einmal rechtspolitisch fest im Sattel sitzt, die Zügel nicht aus den Händen geben werde. Mit einem selbstbewussten Chef wird man im Justizministerium zu rechnen haben, wenn Gerhards Eingewöhnungsphase vorüber ist.

Der frühere Verwaltungsrichter hatte erstmals 1988 Kontakt mit der Bonner Politik – als Referent für öffentliches Recht bei Herta Däubler – Gmelin in der Bundestagsfraktion. Das dürfte nicht vergnügungssteuerpflichtig gewesen sein. Von 1991 bis 1994 war Gerhards Ministerpräsident Scharpings Mann in der Bonner Rheinland-Pfalz-Vertretung 1994 rief ihn aus Magdeburg Regierungschef Reinhard Höppner (SPD), der eine PDS-geduldete Landesregierung gebildet hatte. Chef der Staatskanzlei blieb Gerhards, den es zur Familie an den Rhein zog, nur ein Jahr lang. Nach drei Jahren (1995 bis 1998) an Münteferings Seite in der Bonner SPD – „Baracke“ rief Höppner erneut, und Freund Gerhards übernahm das sachsen-anhaltinische Finanzressort – eine Mangelverwaltung der ganz besonderen Art.

Der Junge des Ruhrgebiets, der sich als verheirateter Vater von drei Kindern im rheinischen Brühl pudelwohl fühlt, der sich als standhaft und robust bezeichnet, ist ein Hobby-Eisenbahner. Selbst in der Magdeburger Zweieinhalb-Zimmer-Wohnung hatte er sein Modell aufgebaut.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Krankheitskosten:

Präsident votiert für Gleichbehandlung

Einstimmig beschlossen wurde der von allen vier Fraktionen getragene Gesetzentwurf zur Änderung des Abgeordnetengesetzes (Drs. 13/3307) in der Sitzung des Hauptausschusses unter dem Vorsitz von Edgar Moron (SPD).

Der Gesetzentwurf sieht die Übertragung der erhöhten Kostendämpfungspauschale in der Beihilfe auch auf den Personenkreis der ehemaligen Präsidenten, Vizepräsidenten und Abgeordneten vor, soweit sie Versorgungsempfänger nach dem Abgeordnetengesetz (AbgG) sind. Ziel der im Gesetzentwurf zum Haushaltsgesetz 2003 vorgesehenen Erhöhung der Kostendämpfungspauschale ist die stärkere Beteiligung der Beihilfeberechtigten

an den Krankheitskosten. Während die aktiven Abgeordneten gemäß Paragraf 20 Abs. 1 Satz 3 des Gesetzes durch die Änderung der Beihilfeverordnung im Haushaltsgesetz 2003 bereits erfasst werden, gelten für die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger bislang noch die alten (niedrigeren) Selbstbeteiligungssätze. Um hier eine Gleichbehandlung sicherzustellen, hat der Landtagspräsident Ulrich Schmidt die vier Fraktionen gebeten, einen Gesetzentwurf einzubringen. Dieser sieht eine Erhöhung der Selbstbeteiligung für ehemalige Präsidentinnen und Präsidenten von 174 auf 250 Euro, für ehemalige Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten von 138 auf 200 Euro und für ehemalige Abgeordnete von 102 auf 150 Euro vor. Durch die Erhöhung der Kostendämpfungspauschale versprechen sich die Fraktionen jährliche Einsparungen in Höhe von über 16 000 Euro. Der Gesetzentwurf wurde in der Plenarsitzung am 13. Dezember vom Landtag in zweiter Lesung verabschiedet. ax

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt. Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 101143, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Stephanie Hajdamowicz (Chefredakteurin), Jürgen Knepper (Chef vom Dienst), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Fotoredaktion: Bernd Schälte, Telefon (02 11) 884-23 03, 884-23 04, 884-2 545 und 884-23 09, Fax 884-30 22

Redaktionsbeirat: Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Helmut Stahl MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Marianne Thomann-Stahl MdL (FDP), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Remmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent; Norbert Neß (CDU), Pressesprecher; Michael Block (FDP), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher.

Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz/Gestaltung/Layout:

h₂m Kommunikations-Agentur, Duisburg

Herstellung und Versand:

L. N. Schaffrath, Marktweg 42-50, 47608 Geldern

Internet-Adresse: www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.